



## Superwahljahr 2018 mit monatlichem Urnengang

**Wien.** Vier Bundesländer wählen 2018 ihren Landtag. Mit dem gestrigen Kärntner Beschluss sind bereits drei Termine fix. Von Jänner bis März gibt es monatlich einen Urnengang. Den Anfang machen die Niederösterreicher am 28. Jänner. Am 25. Februar wählt Tirol, am 4. März Kärnten. In Salzburg haben sich die Parteien auf den 22. April verständigt, beschlossen ist dieser Termin aber noch nicht.

Besonders spannend wird das Wahljahr 2018 für die Grünen. In Tirol, Kärnten und Salzburg stehen drei ihrer (mit Vorarlberg und Wien) fünf Regierungsbeteiligungen zur Debatte. In Kärnten kommt es zum großen Match zwischen SPÖ und FPÖ. 2013 holten sich die Sozialdemokraten bei erdrutschartigen Verlusten der skandalgeplagten Blauen erstmals seit 1994 wieder Platz eins. Peter Kaiser wurde SPÖ-Landeshauptmann und regiert seither gemeinsam mit der ÖVP und den Grünen. Bei der Nationalratswahl wurde wieder die FPÖ stärkste Partei im südlichsten Bundesland.

In den anderen drei Bundesländern treten drei ÖVP-Landeshauptleute mit größten Erfolgchancen an, um ihre Vormacht zu verteidigen. In Niederösterreich schlägt Johanna Mikl-Leitner, die heuer Erwin Pröll ablöste, ihre erste Wahl als Landeshauptfrau. Im traditionell schwarzen Tirol geht Günther Platter in seine zweite Wahl. Und in Salzburg versucht Wilfried Haslauer, den 2013 zurückgeholten Landeshauptmannsessel zu verteidigen.

2017 gibt es noch eine größere Wahl. Die Salzburger müssen – 15 Monate vor dem eigentlich regulären Wahltermin – einen neuen Bürgermeister küren. SPÖ-Stadtkopf Heinz Schaden war nach der, noch nicht rechtskräftigen, Verurteilung im Untreue-Prozess von seinem Amt zurückgetreten. Sechs Kandidaten stehen am Stimmzettel. Die Entscheidung wird wahrscheinlich nicht schon am kommenden Sonntag, sondern erst in der Stichwahl am 10. Dezember fallen. ■

# „Studieren auf Österreichisch“

**Uniko-Präsident Vitouch will Prüfungsantritte reduzieren, die ÖH spricht von „absurden Plänen“.**

**Wien.** Die **Universitätenkonferenz (Uniko)** plädiert für Änderungen im Studienrecht. Unter anderem soll die Zahl der Prüfungsantritte reduziert und Konsequenzen für jahrelange Prüfungsaktivität sollen eingeführt werden, so **Uniko-Präsident** Oliver Vitouch bei einer Pressekonferenz am Montag. In der Forschung müsse anteilmäßig mehr Geld für die Grundlagenforschung zur Verfügung stehen.

Vitouch ortete zwei gravierende Probleme im Uni-Bereich: Das „Studieren auf Österreichisch“ und das „Forschen auf Österreichisch“. Er verlangt eine „beherzte Strukturreform im Bereich des Studienrechts“: „Die Universitäten müssen wieder als Universitäten funktionieren, nicht als marode Filialen von Wolkenkuckucksheim.“ In keinem anderen Hochschulsystem der Welt gebe es bei Prüfungen bis zu vier Wiederholungsmöglichkeiten, könne man jahrelang keine Prüfung absolvieren oder beliebig viele Studien inskribieren. „Die hohe Zahl der Wiederholungsmöglichkeiten führt dazu, dass man es einmal – relativ wenig vorbereitet – probiert, weil es ja eh nicht ernst ist.“

„Alles dürfen, nichts müssen“  
„Wir haben ein Laissez-faire-System, das maximal frei und för-

dernd sein soll, aber leider in erster Linie zum Scheitern einlädt“, meinte Vitouch. „Sie dürfen im Studienrecht fast alles und müssen fast gar nix. Darüber hinaus gibt es keine Gebühren. Das alles lädt dazu ein, sich zu verzetteln. Die Menschen sind nicht so gestrickt, dass sie sich ständig selbst am Schlafittl nehmen.“

Das österreichische System mit einem gebührenfreien Studium sei dann sinnvoll, wenn dieses intensiv absolviert, relativ schnell abgeschlossen und mit einem anschließenden Berufseinstieg verbunden werde. Dann könne man das System über die höhere Steuerleistung der ehemaligen Studenten finanzieren: „Das funktioniert aber nicht bei diesen Abbrecherquoten und Studiendauern.“

Das hänge auch mit der Berufstätigkeit vieler Studenten zusammen. Es sei auch eine Illusion, dass man mit einem 30- oder 40-Stunden-Job ein oder zwei Studien absolvieren könne, meinte Vitouch. Er will daher bewusst zwischen Vollzeit- und Teilzeitstudierenden unterscheiden – und so die inoffizielle dritte Kategorie „ewig“ wegbekommen. Teilzeitstudenten sollen um einen bestimmten definierten Zeitraum länger studieren können. Gleichzeitig sollen Leistungsstipendien

dafür sorgen, diesen Zeitraum auch einzuhalten. Vitouch kann sich etwa vorstellen, die Zahl der Prüfungswiederholungen mit zwei (derzeit bis zu vier) festzulegen. Außerdem müsse es Konsequenzen für Studenten geben, die kaum Prüfungen absolvieren. „Wenn jemand eine Regelstudien-dauer lang prüfungsinaktiv bleibt, gibt es ein Problem.“ Als prüfungsinaktiv gilt, wer weniger als 16 ECTS-Punkte pro Studienjahr absolviert. Zum Vergleich: Die Studienpläne sind so konzipiert, dass mit 60 absolvierten ECTS pro Studienjahr das jeweilige Studium in Mindeststudienzeit abgeschlossen werden kann. Die Exmatrikulation solle bei völliger Prüfungsabstinenz möglich sein, sei aber nicht die einzige Option – man könne dies auch über ein Teilzeitstudium regeln.

### ÖH protestiert

Für Studiengebühren plädiert Vitouch dennoch nicht: Zwar seien diese eine Möglichkeit, die Ernsthaftigkeit im Studium zu erhöhen. „Sie sind aber nicht die einzige Möglichkeit und auch nicht die beste.“ Es bestehe vor allem die Gefahr, dass sie – einmal eingeführt – „durch die Decke gehen“. Probleme sieht Vitouch auch beim „Forschen auf Österreichisch“:

Hierzulande sei die Grundlagenforschung „sehr bescheiden dotiert“. Im Gegensatz dazu seien in den vergangenen Jahren vor allem die Mittel für betriebliche Forschungsförderung und die Forschungsprämie stark gestiegen. Diese bezögen sich aber hauptsächlich auf die Produktentwicklung. „Das ist nicht unwichtig, aber nicht besonders nachhaltig und hat auch wenig mit Forschung zu tun.“ Im Endeffekt handle es sich dabei um Unternehmenssubventionen und keine öffentliche Investition in Forschung.

Resultat: Österreich wende zwar im internationalen Vergleich viel für Forschung und Entwicklung auf. Allerdings steckten etwa Vorbild-Länder wie die Schweiz oder die Niederlande mehr als ein Drittel ihrer Forschungsmittel in Grundlagenforschung – in Österreich sind es dagegen weniger als 20 Prozent.

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) protestiert gegen die Vorschläge von Vitouch. „Die Uniko plant offenbar Universitäten ohne Studierende“, so die stellvertretende ÖH-Vorsitzende Marita Gasteiger in einer Aussendung. „Wir brauchen ein Umfeld, das Studierende fördert, anstatt sie mit allen Mitteln am Studium zu hindern.“ ■

## PARLAMENT

# Ja, es geht

Die Liste Pilz zog ohne den Namensgeber in den Nationalrat ein. Wer nun ein „Team-Stronach-Schicksal“ vermutet, der unterschätzt uns gewaltig.

Von Peter Kolba

Ende Juni hält Peter Pilz am grünen Bundeskongress noch eine Rede, Anfang Juli denkt er über eine eigene Kandidatur nach, Anfang August stehen die rund 150 Kandidatinnen und Kandidaten fest, und am 15. Oktober schafft die Liste den Sprung ins Parlament. Anfang November lehnt Peter Pilz mit den Worten „es reicht“ im Lichte der – von unbekanntem Regisseuren betriebenen – Skandalisierung in den Medien die Annahme seines Mandates ab. Die Liste Pilz zieht ohne den Namensgeber mit acht Abgeordneten in den Nationalrat ein. Die Medien unken: Ein „Team-Stronach-Schicksal“? Da werden wir ziemlich unterschätzt. Wir sind mit vier Männern und vier Frauen ein ziemlich gutes und arbeitsfähiges Team. Unter uns sind drei Abgeordnete mit Erfahrung im

Parlament (Daniela Holzinger, Wolfgang Zinggl und Bruno Rossmann). Wir sind drei Juristen mit Erfahrungen in vielen Bereichen (Alma Zadic, Alfred Noll, Peter Kolba). Wir können mit Martha Bißmann das Thema Umweltschutz und mit Stephanie Cox die Interessen von Selbständigen und Klein- und Mittelbetrieben sowie Start-ups abdecken.

Wir werden viel Arbeit haben. Wir müssen zu acht rund 30 Ausschüsse und Unterausschüsse abdecken. Und wir müssen derzeit die gesamte Klub-Infrastruktur aus dem Boden stampfen. Minister bekommen in der Regel 100 Tage Schonzeit zur Einarbeitung. Schonen muss man uns nicht, aber es wird ebenfalls rund drei Monate in Anspruch nehmen, um uns im Parlament professionell aufzustellen. Wir werden eine gemeinsame Pro-



Peter Kolba ist Klubobmann der Liste Pilz.

Jeden Dienstag lesen Sie an dieser Stelle den Kommentar eines Vertreters einer Parlamentspartei.

grammatik und einen neuen Namen für die (Wahl-)Bewegung entwickeln. Einen Namen, der klarmacht, was wir anders machen wollen. Wir sehen uns als Sprachrohr der Bevölkerung im Parlament. Wir versprechen Kontrolle und Transparenz. Wir werden in verständlicher Sprache offenlegen, welche Sachfragen und Probleme anstehen, und wollen letztlich einen engen Austausch mit der Zivilgesellschaft auf den Weg bringen. Denn für uns ist transparente Information eine Bringschuld und die Voraussetzung für Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Politik.

Wir haben in unserem Klub-Statut das verfassungsgesetzlich verankerte „freie Mandat“ unserer Abgeordneten nochmals für die Praxis betont. Manche setzen das mit Chaos gleich. Das ist – aus Erfahrung – unrichtig. Denn in einer Gruppe von acht

können wir alle Themen sehr gut inhaltlich diskutieren und Konsens herstellen. Im Wahlkampf bereits probiert und gelungen. Doch wenn sich ein Dilemma nicht auflösen lässt, dann werden wir öffentlich dazu stehen und die Für und Wider offen ansprechen. Unser Ziel ist dabei, Politik verständlich und mitgestaltbar zu machen. Weg mit Werbe-Parolen, hin zu inhaltlichen Auseinandersetzungen um realpolitische Lösungen. Weg vom Stillstand, zu einem Feuerwerk an Ideen für ein besseres Österreich. Die Liste Pilz steht für Kontrolle, Transparenz und soziale Gerechtigkeit. Unser Ziel: Aufbau einer Wahlbewegung, die bei der nächsten Nationalratswahl eine wichtige Stütze ist, die politischen Mehrheitsverhältnisse zu kippen. Dazu laden wir alle, die ein besseres Österreich anstreben, zur Mitarbeit ein.